



Einhausung oder Bausstopp

Nutzen Sie die Bundestagswahl 2009 – Fordern Sie die Einhausung!

Fragen Sie die Bundestagskandidaten und ihre Parteien, ob und wie Sie sich für die vollständige Einhausung der Autobahnen A 661 und A 66 einsetzen werden bzw. diese durchsetzen wollen. Schließlich ist der Bau der Autobahnen wie auch der Schutz vor deren Emissionen Bundesangelegenheit. Sie sollen Farbe bekennen, ob Sie den Bund bzw. das Land oder die bedrohte Bevölkerung schützen wollen.

Das geplante bzw. in Bau befindliche Autobahnkreuz Frankfurt Ost A 66/A 661 mitten im Wohn- und Naherholungsgebiet - praktisch ohne Schutz vor Lärm- und Schadstoffen - bedroht massiv die Lebensqualität im gesamten Frankfurter Osten! Insbesondere öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altenwohnanlagen, Kleingärten, Sportplätze wie auch der Bornheimer Friedhof werden massiv in ihrer Existenz bedroht und der gesamte östliche Grüngürtel völlig entwertet.

Freiwillige Schutzmaßnahmen gibt es nicht

Freiwillig plant und finanziert der Bund grundsätzlich keinen über einen Mindeststandard hinausgehenden Schutz vor Emissionen. Auch der Tunnel Riederwald wurde erst nach heftigen Protesten geplant. Ursprünglich wurde die Autobahn durch den Erlenbruch als offener Trog geplant! Auch die Seckbacher Lärmschutzgalerie und die 1995 mit 6,50m höchste Lärmschutzwand Deutschlands entlang der Seckbachtalbrücke mussten erst per Einwendung bzw. Klage erstritten werden. Insofern kam die kürzliche Ablehnung der Einhausung zwischen Bornheim und Seckbach durch den Bund nicht überraschend. Eine Einhausung muss man erst lange und mühsam politisch und juristisch erstreiten!

Bevölkerung hat ein Recht auf Immissionsschutz!

Es gibt in Deutschland bzw. in Europa festgelegte Grenzwerte für Lärm- und Schadstoffimmissionen. Bund und Land unternehmen aber alles, um diese gesetzlich festgelegten rechtlichen Grenzen zu umgehen. Nur wer bereit ist Gutachten kritisch in Frage zu stellen und den Klageweg zu beschreiten, kann hoffen, am Ende nicht leer auszugehen. Deshalb klagen direkt betroffene Bewohner unterstützt vom Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn (AUA) gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Bau der A 66 Riederwaldtunnel und das Autobahndreieck Erlenbruch A 66/A 661 bzw. bereiten eine Klage gegen den Vollausbau der Autobahn Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 vor. Unterstützen auch Sie den Klagefond. Näheres dazu unter: www.molochautobahn.de

Bund und Land sagen Unwahrheit – Anträge auf nachträglichen Lärmschutz erfolgreich!

Wenn der Bund und das Land Hessen nun vorgeben „wenigstens freiwillig eine Lärmschutzwand für Bornheim entlang der A 661 errichten zu wollen“, ist dies eine Verdrehung der Tatsachen. Sie tun dies vielmehr aufgrund der 2007 gestellten Anträge auf nachträgliche Schutzmaßnahmen, die sich nicht nur auf die geltenden Grenzwerte, sondern vor allem auf ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil beziehen, nachdem auch 30 Jahre nach Planfeststellung bei nicht absehbaren gravierenden Änderungen der Belastung nachträglich Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Gutachten belegen drastische Grenzwertüberschreitungen – Keine Alternative zur Einhausung

Lärmgutachten der Stadt Frankfurt wie auch des Landes Hessen belegen drastische Überschreitungen der geltenden Grenzwerte entlang der A 661 nach Anschluss der A 66 Riederwaldtunnel. Selbst eine 10 m hohe Lärmschutzwand könnte höhere Stockwerke nicht schützen! Da beide Gutachten aber nur eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h und einen viel zu geringen Anteil des Schwerverkehrs annehmen sowie die höhere Verkehrsbelastung nach Bau der dann unvermeidlichen A66 Autobahnspange und des Alleentunnels samt Autobahndreieck Seckbach unberücksichtigt lassen (150.000 statt 110.000 Kfz/24h), sind sogar noch höhere Lärmemissionen zu erwarten; bis zu 10 dB mehr als heute! Stadt Frankfurt und dem Land Hessen müssen diesen Ergebnissen endlich Taten folgen lassen. Lassen Sie sich nicht mit Alibi-Wänden abspesen! Zur Einhausung mit Schadstoffreinigung gibt es keine Alternative.

Politisch Verantwortliche sind in der Pflicht – Einhausung muss zum Politikum werden

Die betroffenen Ortsbeiräte 3,4,11 und 16, die gemeinsam die völlige Einhausung der Autobahnen fordern, müssen sich zusammen mit dem Stadtparlament jetzt vor die bedrohten Menschen stellen und die Einhausung gegenüber Bund und Land zu einem Politikum machen. Schließlich geschieht der Ausbau der A 661 gegen die Beschlüsse des Stadtparlaments! (u.a. 2005 aus Gesamtverkehrsplan Ffm gestrichen!). Über 4000 Unterschriften für die Einhausung innerhalb von vier Wochen sind ein klares Signal! Oberbürgermeisterin Roth und Verkehrsdezernent Lutz Sikorski haben versichert, alles für den Schutz der Bevölkerung zu unternehmen! Bis zur endgültigen Klärung der Schutzfrage hat die Stadt Frankfurt für einen sofortigen Baustopp zu sorgen. Sollte der Bund die Einhausung generell verweigern, ist auch auf den Vollausbau der Ostumgehung A 66/A 661 und den Bau der A 66 Riederwaldtunnel zu verzichten. **Einen Ausbau ohne Einhausung darf es auf gar keinen Fall geben!**

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • IG Lärmschutz Inheidener Str. • VCD-Ffm • BUND-Ffm

Infos: www.molochautobahn.de